

nischen Gemeinschaft und nahm auch nicht an, dass er ein besonderes Verständnis für sie habe, sondern er vermutete auf seiner Seite Unwissenheit und Fremdheit, die dazu führen könnten, dass er in Wallonien weniger gut zurechtkommen würde. Obwohl er Erstsprecher der französischen Sprache war, nahm er keine Nähe zur wallonischen Bevölkerung in Bezug auf kulturelle Eigenheiten, Gewohnheiten und Handlungspraxen an. Für Pierre bildeten Sprache und Kultur keine Einheit. Der urbane Alltag Brüssels ist mehrdeutig, lässt sich über verschiedene Bezugspunkte fokussieren und weiter ausdifferenzieren, beispielsweise geografisch, sprachlich, kulturell oder politisch. Pierre ging kreativ mit den Versuchen um, Brüssel zu charakterisieren und zu verorten und argumentierte von seinen eigenen Zukunftsplänen aus. Die Wendung *Brüssel in Flandern* bündelte seine Vorstellung von seiner eigenen Zukunft und wie er sie gestalten wollte.

5.6 Inburgering, Integration und Verweise auf gesellschaftliche Deutungsmuster

Zu Beginn dieser Studie hat sich gezeigt, dass die gesellschaftliche Integrationsdebatte in erster Linie eine Selbstverständigung der Gesellschaft über ihre gültigen Normen des Othering darstellt.

Die Interviews zeigten einen Einfluss der gesellschaftlichen Integrationsdebatte auch auf das Integrationsverständnis der Teilnehmenden.

Inci argumentierte entlang der defizitorientierten Debatte, wenn sie davon ausging, Integration sei die Notwendigkeit und Verpflichtung an Ausländer_innen mit mangelnden Deutschkenntnissen, die deutsche Sprache soweit zu lernen und zu verinnerlichen, dass ein den deutschen Sprecher_innen identischer Sprachhabitus erreicht wird. Ziel von Integration ist demnach die vollständige sprachliche Assimilation. Bei der Analyse konnte herausgearbeitet werden, dass Inci deutsche Sprachkenntnisse als *Vorleistung* zum Aufenthalt und nicht als *Folge* des Aufenthalts in Deutschland verstand und die Legitimation aus der Intentionalität ableitete: *Weil die Ausländer_innen in Deutschland leben wollen, kann man von ihnen auch eine Leistung, nämlich die sprachliche Assimilation, verlangen.* Damit spiegelte Inci ihre eigene Erfahrung, denn ihre Arbeitserlaubnis und damit die Existenz ihrer Familie wurde an ihr Bestehen des Integrationskurses gekoppelt. Ihr eigentliches Ziel, als Tagesmutter selbstständig zu arbeiten oder einer anderen Vollzeit-Berufstätigkeit im sozialen Bereich nachzugehen, um den Unterhalt der Familie zu sichern, wurde von Amts wegen verschoben. Dass auch dies als Integration hätte verstanden werden können, ist Incis Erfahrung unter den bestehenden Umständen erst einmal nicht zugänglich.

Inci selbst löste sich jedoch von Kategorien kultureller Integration und sprach stattdessen vom universellen Menschsein, für das Sprache, Herkunft, Kultur und

Glauben keine Rolle spielen. Ihr eigenes Denken lief nicht in kulturalisierenden Mustern ab und sie benötigte solche Kategorien auch nicht, um sich daran zu orientieren.

Giddens weist darauf hin, dass die Ehe ihren Status als »wichtigste Definitionsgrundlage einer Paarbeziehung« eingebüßt habe und sie nunmehr dazu diene, die Stabilität der Partnerschaft auch nach außen zu demonstrieren (GIDDENS 2001: 78). Diese Aussage stimmt nur dann, wenn unverheiratet Zusammenlebenden rechtlich gesehen keine gravierenden Nachteile entstehen. Im Fall des Aufenthaltsrechts ist dies jedoch gegeben. So lässt sich die Frage des Stellenwerts einer Ehe in der postmigrantischen Gesellschaft auch im Hinblick auf die mit ihr verbundenen Aufenthaltsfragen stellen. Von Verwandten abgeleitete Aufenthaltstitel machen traditionelle familiäre Beziehungen zur Definitionsgrundlage. Traditionelle familiäre Lebensformen werden vom Ausländerrecht vorausgesetzt und werden damit zum Bedingungsrahmen für Wahlmöglichkeiten. Ein von unverheirateten Lebenspartner_innen abgeleiteter Aufenthaltstitel ist nicht vorgesehen. Damit gießt das Ausländerrecht traditionelle Bilder von Familie und Normalarbeitsverhältnis in gesetzliche Bestimmungen, an denen sich Ausländer_innen orientieren müssen, soweit sie rechtliche Nachteile – bis zum Auseinanderbrechen des Familienverbandes – vermeiden wollen. Bei Inci und ihrem Ehemann vertauschten sich in Bezug auf das Normalarbeitsverhältnis die traditionellen Geschlechterrollen: Nicht ihr Mann war es, der zukünftig als Alleinverdiener die Familie ernähren sollte, sondern Inci wollte diese Rolle einnehmen. Obwohl also aufgrund der Erfordernisse (Ehegatt_innennachzug, Unterhalt der Familie) traditionelle gesellschaftliche Muster von Ehe, Familie und Normalarbeitsverhältnis – wenn auch anders gewendet – eine Rolle spielen, wurden sie hier nicht als solche absichtlich gewählt oder in traditioneller Weise gelebt, sondern durch den rechtlichen Rahmen vorgegeben.

Inci widersprach der Unterstellung einer Parallelgesellschaft und wies die Aussage zurück, Zugewanderte könnten ohne deutsche Sprachkenntnisse auskommen, da sie in einem Stadtviertel unter sich blieben. Sie reagierte auf diese Unterstellung mit eigenen Erfahrungen zu Beginn ihrer Zeit in Deutschland, in der sie sich noch ohne Deutschkenntnisse im öffentlichen Raum bewegte. Ihre Strategie war damals, auf eine türkische Frau mit Kopftuch zu warten und diese um Hilfe zu bitten, da Inci in der deutschsprachigen Umgebung weder selbst Fragen stellen noch auf Ansprache reagieren konnte. Sie konstruierte *die türkische Frau mit Kopftuch* als einen Idealtypus im mehrheimischen transtopischen Raum mit spezifischen positiven Eigenschaften. Es handelte sich also nicht um ihr bekannte Personen, sondern um Frauen, die sie anhand des Merkmals *Kopftuch* als *Typus* im öffentlichen Raum identifizierte und dann ansprach. Dem defizitorientierten Typus der »Kopftuchfrau« als signifikantes Symbol des statisierten hegemonialen Diskurses wird hier ein anderer Typus entgegengesetzt. Das Kopftuch wird

als Kleidungsstück zum *Erkennungsmerkmal*, jedoch nicht selbst zum symbolisch aufgeladenen *Bedeutungsträger*. Der Nutzen, den dieser andere positiv konnotierte Idealtypus kennzeichnet und der ihn von der Allgemeinheit abhebt, ist die türkische Sprachkenntnis, also ein *Mehr* an Fähigkeiten. Dem defizitorientierten Bild der »Kopftuchfrau« aus dem gesellschaftlichen Desintegrationsdiskurs setzte İnci eines entgegen, das sowohl mit dem Defizit als auch mit seiner sozialräumlichen Verortung in der Parallelgesellschaft aufräumt. Man kann hier einen Prozess der »Transkodierung« im Sinne Stuart Halls ausmachen, in dem sich Mehrheimische negativ besetzte Begriffe des hegemonialen öffentlichen Diskurses aneignen und sie re-interpretieren (vgl. YILDIZ 2015: 31). Der negative Begriff, so Yıldız, wird »privilegiert«, »um durch positive Identifikation negative Klischees auszuräumen« und sei einerseits eine »Reaktion gegen die hegemoniale Benennungspraxis« und andererseits auch eine »politische Strategie« (ebd.).

Sirada hingegen bestätigte ein hegemoniales Deutungsmuster, das unter Integration die Sozialintegration in eine durch kulturelle Praktiken bestimmte Gemeinschaft versteht. Dabei zeigte sich aber das Problem, dass sie bei ihrem eigenen Beispiel von Ostern, das der Erläuterung dienen sollte, nicht eindeutig bestimmen konnte, was allgemeingültig darunter zu verstehen ist. In einer pluralen Gesellschaft kann Ostern christlich religiös bis zu einem säkular verstandenen volkstümlichen Brauch interpretiert werden. Die Frage nach den Ursprüngen von Ostern ließe sich dabei noch am ehesten beantworten. Insbesondere die Frage der Zielgruppe und der kulturellen Praktiken führte zu Schwierigkeiten, denn Siradas Antwort, Ostern sei »für Kinder«, ist nur eine der unzähligen möglichen und gleichermaßen gültigen Antworten. Man könnte genauso konstatieren, Ostern sei für Christ_innen, daher gebe es Gottesdienste dazu, für Arbeitnehmer_innen jeder Glaubensrichtung gebe es freie Tage, für Fernsehzuschauer_innen halte Ostern besonders viele Spielfilme bereit und im Allgemeinen sei Ostern eine ganze Zeitspanne, die von einer besonderen Dekoration gekennzeichnet sei. Sirada gab also nur eine mögliche Antwort auf die Frage, was Ostern sei, und könnte damit, je nach Auffassung eines_einer möglichen Gesprächspartner_in, Zustimmung oder Ablehnung erfahren.

Die Sozialintegration als Anpassung an spezifische kulturelle Praktiken, die die Einheit des Gemeinwesens stiften, steht als integrative Kraft in einer pluralen Gesellschaft gar nicht zur Verfügung. Es ist die Diversität der *gleich gültigen* kulturellen Praktiken, die das Gemeinwesen eint, nicht eine Einheitlichkeit der kulturellen Praktiken selbst.

Wie bereits beschrieben, wird in der traditionellen Migrationsdebatte davon ausgegangen, dass Emigrationsereignisse durch das Verlassen des gewohnten kulturellen Umfelds zu einer Art Entwurzelung der Migrierenden führen, damit ein Abbruch der Sozialkontakte einhergeht und sie nur unter Schwierigkeiten und mit großen Anstrengungen sowohl ein neues soziales Umfeld aufbauen als auch eine

kulturelle Eingliederung erreichen können. Deutungsmuster wie das der »Import-huwelijk«, das bereits angesprochen wurde (siehe Kapitel 1.1.1), behaupten, dass Migrant_innen aus kultureller Beharrlichkeit eine_n Ehepartner_in aus dem Heimatland wählen und dadurch kulturelle Praktiken der Heimat innerfamiliär aufrechterhalten und stärken. Das Motiv der Sehnsucht nach dem Gewohnten und dem Wunsch nach seiner Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung projizieren die Verfechter_innen dieser Deutungsmuster auf die Gruppe der Migrant_innen.

Die Migrationsgeschichte von Volodymyrs Familie liest sich erst einmal wie der idealtypische Fall, dass eine traditionelle Familienorientierung so stark ausgeprägt ist, dass die Familieneinheit als bestimmender Motivator für den Migrationsanlass Volodymyrs wurde. Die Tatsache, dass er seinen statusträchtigen Beruf als Rechtsanwalt aufgrund fehlender Anerkennungsmöglichkeiten in Deutschland nicht weiter ausüben konnte, schien die starke Familienorientierung zu bestätigen, denn scheinbar wurde die Karriere ihr ja sogar untergeordnet.

Aus einer anderen Perspektive stellt sich die Situation jedoch anders dar. Volodymyrs Situation in der Ukraine entsprach nämlich nicht derjenigen, die die klassische Migrationstheorie unterstellt. Diese geht davon aus, dass ein_e »Migrant_in« das gewohnte Umfeld und soziale Netz, Freunde und Familie im Heimatland zurücklässt und die »Entwurzelung« einer weitgehenden Verlustsituation entspricht (siehe Kapitel 1.1.2). Die Unterstellung lautet, dass der_die Migrant_in seinen vertrauten Alltag und seine tragenden Sozialkontakte zurücklässt und an einem anderen Ort neu beginnt. Betrachtet man nun Volodymyrs Situation, so stellte sie sich in der Ukraine nach dem Wegzug von Eltern und Schwester nach Deutschland so dar, dass er ohne sein familiäres Umfeld zurückblieb und sich damit in seinem Heimatland als familiär »Entwurzelter« wiederfindet. Ohne seinen Ort verlassen zu haben, stellt sich die in der Migrationstheorie erst nach der Migration angenommene Verlustsituation ein. Zum Zeitpunkt des Wegzugs der Eltern befand er sich im Studium. Volodymyr muss damals die Entscheidung getroffen haben, die Studien fortzusetzen und an seiner Berufswahl festzuhalten. Ein Umzug nach Deutschland zum damaligen Zeitpunkt hätte beides infrage gestellt. Inzwischen hatte Volodymyr selbst eine Familie und fand sich in der Ukraine in der Situation, die eigentlich typisch für Migrant_innen ist, deren gesamte Familie im »Heimatland« lebt: Sie verfügen nicht über das familiäre Netz, das Unterstützung in der Struktur der Alltäglichen Lebensführung bietet. Die Unterstellung aus dem Desintegrationsdiskurs, Migrant_innen seien besonders familienorientiert, enthält die Ausblendung der einheimischen Normalität, dass die Familie, wenn schon nicht am gleichen Ort wohnhaft, so doch erreichbar ist. Der Wunsch von Mehrheimischen nach familiären Kontakten entspricht also dem der Einheimischen, wobei letztere selbstverständlich über familiäre Kontakte verfügen können, wenn sie denn wollen. Das *Wollen* migrantisierter Personen nach familiären Kontaktmöglichkeiten wird häufig so interpretiert, als zeige es ihr traditionelles Familienbild und eine rück-

wärtsgewandte kulturelle Beharrlichkeit und das *selbstverständliche Können* der stasiert Privilegierten, familiäre Kontakte zu pflegen, wird dabei ausgeblendet. Nur die einfache Verfügbarkeit dieser Kontakte bei Einheimischen lässt den Wunsch nach familiären Kontakten bei Mehrheimischen in einem übersteigerten Licht erscheinen. Ist die Möglichkeit, familiäre Kontakte zu pflegen, stets gegeben, geht es eben nur noch um den Wunsch der Realisierung, also die konkrete Umsetzung eines Treffens oder Besuchs. Der Wunsch nach familiären Kontakten bei Mehrheimischen setzt jedoch an einem anderen Punkt an, nämlich an der *Schaffung* dieser Möglichkeiten. Unter diesem Blickwinkel zeigte Volodymyr keine ausgeprägte Familienorientierung, sondern hatte dieselbe Familienorientierung wie die Mehrheit der Bevölkerung mit der Möglichkeit, familiäre Kontakte mit geringem Aufwand zu pflegen. Bei der Betrachtung seiner Alltagsstruktur zeigte sich, dass gerade die Erreichung individueller Ziele bei ihm im Vordergrund stand. Obwohl er abendlich seine Eltern besuchte, waren seine Ziele keine gemeinsamen Ziele für sich und seine Familie, sondern er orientierte sich stattdessen kompetitiv an ihnen und sie dienten ihm als Rollenvorbilder. Er profitierte von der Unterstützung seiner Angehörigen im deutschsprachigen Alltag und von ihren Erfahrungen der beruflichen Etablierung.

Die Rezeption des Erfahrungswissens anderer ist grundsätzlich nicht an Verwandtschaftsverhältnisse geknüpft. Wie bereits dargestellt wurde, kann eine Person im Rahmen eines Prozesses, der oft Kettenmigration genannt wird, von den Kenntnissen und Erfahrungen anderer profitieren und damit den Weg zur eigenen Selbstständigkeit mit entsprechender Unterstützung gehen. Für Volodymyr waren die Personen, die ihm diese Unterstützung geben konnten, Angehörige. Es ist also nicht Ausdruck der Familienorientierung, sondern der Pragmatik, dass er sich von ihnen Hilfe und Unterstützung holte und von ihren Erfahrungen profitierte. Seinen weiteren Lern- und Lebensweg plante Volodymyr sehr individuell und auf sich selbst konzentriert.

»Von Seiten des Kursanbieters, Integrationskurs, das heißt, die Leute haben gar nix zu tun mit Deutschland«⁶⁵, reproduzierte Florean eine defizitorientierte Sicht auf die Teilnehmer_innen. Er als einziger nicht verpflichteter Teilnehmer der Interviewten im Ruhrgebiet unterstellte denjenigen, die verpflichtet waren, dass die gesellschaftlich zugeschriebenen Integrationsdefizite auch tatsächlich auf sie zutrafen und hob sich selbst davon ab. Er sei nicht »der allgemeine Student hier«⁶⁶ und habe auch andere, höhergesteckte Ziele. Florean als Teilnehmer des Integrationskurses differenzierte bei der Zielgruppe nach Verpflichtung und Freiwilligkeit und nahm sich als Freiwilliger aus den gesellschaftlichen Deutungsmustern aus. Er unterstellte hingegen den verpflichteten Teilnehmer_innen, dass sie wegen ihrer

65 Interview mit Florean, S. 7, Z. 273-274.

66 Interview mit Florean, S. 7, Z. 272.

Integrationsbedürftigkeit verpflichtet waren. Er bestätigte defizitorientierte Sichtweisen auf die Integrationskursteilnehmer_innen. Seine Freiwilligkeit basierte auf seiner EU-Staatsangehörigkeit und hatte somit formale Gründe. Bei den verpflichteten Teilnehmer_innen zog er jedoch nicht den Umkehrschluss, dass sie auch aus formalen Gründen verpflichtet wurden. Auf sie übertrug er das Deutungsmuster, dass sie in einer Art Parallelgesellschaft lebten. Zur Erläuterung konstruierte er eine Dualität zweier Lebenssphären: Eine migrantische Lebenssphäre eines privaten Rückzugsortes der eigenen Wohnung, in der Stillstand und Reizarmut herrsche und ein Kennenlernen der Welt ausgeschlossen sei, und eine deutsche öffentliche Sphäre, in der sich das eigentliche gesellschaftliche Leben abspiele. Er leistete mit dieser Vorstellung selbst eine Anpassung an die statisierte Gesellschaft und zeigte auch seine Zugehörigkeit, denn er bewegte sich innerhalb des signifikanten Symbolsystems und konnte innerhalb dessen argumentieren.

Der Integrationskurs ist mit dem Erreichen des Kurszieles abgeschlossen. Damit endet die Verpflichtung der Teilnehmer_innen. Für die Behörden steht der Integrationskurs für sich und schließt mit einem Zertifikat ab, das ausländerrechtlich relevant ist. Er bezieht seine Logik aus der Kombination des Sprach- und Orientierungskurses. Seine Anschlussfähigkeit als Sprachkurs erhält er durch die Einpassung in den Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen. Die Teilnehmer_innen dieser Studie suchten nach Anschlussmöglichkeiten für das Weiterlernen und hatten alle eine große Bildungsaspiration. Die Teilnahmeverpflichtung der Kurskolleg_innen suggerierte Florean, dass die Teilnehmer_innen ohne die Verpflichtung nicht am Integrationskurs teilgenommen hätten. Diese Unterstellung entspricht auch dem gesellschaftlichen und medialen Diskurs zu Integrationsbedürftigkeit und -verweigerung.

Alle Interviewten berichteten jedoch von ihren starken Bildungsinteressen, die zum Teil aber quer zum Integrationskurs lagen, so dass angenommen werden kann, dass sie sich um Bildungsbeteiligung bemüht hätten. Es ist aber wahrscheinlich, dass – wenn die Verpflichtungen zur Teilnahme am Integrationskurs nicht ausgesprochen worden wäre – die Teilnehmer_innen einen anderen Sprachkurs oder vielleicht eine berufliche Bildungsmaßnahme vorgezogen hätten. Die Interviewten zeigten eine hohe Lerner_innenautonomie und Fertigkeiten zur Steuerung ihrer Lernprozesse und ihres Alltags. Schwierigkeiten machte nicht eine fehlende Bildungsaspiration oder eine geringe Lernmotivation. Es waren die Unsicherheiten bezüglich einer Arbeitserlaubnis, der Anerkennung von Abschlüssen und die fehlende Selbstbestimmung sowie Zeitverfügbarkeit zur Verfolgung eigener Interessen und Ziele durch die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs.

Florean argumentierte aber entlang der gesellschaftlichen Deutungsmuster zu Integration, Integrationspflicht und -defizit und blieb dabei auf einer Metaebene, wie es auch in der öffentlichen Debatte zur Integration üblich ist. Über die konkreten Kurskolleg_innen sprach er nicht. Auch in die öffentliche Debatte werden keine

empirischen Ergebnisse einbezogen und es wird auch nicht über die statistierten Lebenswelten reflektiert, in denen die irreführenden und empirisch unzutreffenden Deutungsmuster und signifikanten Symbole mit Bezug zu Migrant_innen, Migration und Integration ihren Ausgangspunkt haben. Florean zeigte hier, dass er es ernst meinte mit seinem Wunsch, »den deutschen Weg zu bestreiten«⁶⁷.

Seine eigene, transtopische Sicht auf mehrheimische Lebenswelten war jedoch eine völlig andere und lag quer zu den hegemonialen Deutungsmustern. Für ihn war die Klammer zwischen den Menschen die Kommunikation. Unterschiede interpretierte er als so gering, dass alle Menschen eine einzige Gruppe bilden, alle gehören dazu und alle sind gleich. »Die Italiener sagen tutto il mondo un paese, das heißt ungefähr, das Leben ist überall das gleiche für uns alle«⁶⁸, fasste er seine Auffassung zusammen. Das Menschsein begriff er als universell »und die Grenze ist nur der Himmel«⁶⁹.

Bei Florean war die Parallelität des defizitorientierten Desintegrationsdiskurses und einer eigenen transtopischen Weltsicht zu beobachten. Die Parallelität ist ambivalent. Denn beide Sichtweisen beanspruchen Gültigkeit: Die erste innerhalb des hegemonialen Diskurses, basierend auf einem System von signifikanten Symbolen. Die zweite beschreibt mehrheimische Lebenswelten, aber auch die postmigrantische Gesellschaft insgesamt. Es geht jedoch weniger um die Beschreibung *transnationaler* Lebenswelten. Die Nation ist nicht mehr bestimmender Bezugspunkt, sondern die Lebenswelten werden vielmehr aus den nationalen Grenzen herausgehoben und dadurch wird eine Entgrenzung erlebbar.

»Für mich ist das schön, ich mag das sehr, das gefällt mir, ich mag es, jeden zu treffen von woanders, für mich ist das wunderbar«, sagte Aristide, »das ist Brüssel«⁷⁰. Auf die vorausgehende Frage, was Integration für ihn bedeute, wählte er die Stadt Brüssel mit der ihr eigenen Diversität und seine positive Bewertung als Bezugspunkte. »Jeden zu treffen von woanders« fokussierte nicht seine Einbindung in ein vorhandenes Alltagsgeschehen, sondern Aristide sah sich selbst als Handelnder, ging von sich und seinen Alltagsbegegnungen aus. Spannend ist auch, was er nicht sagt. Belgien als Nationalstaat und auch die offiziellen Sprachen kamen bei seiner Beantwortung der Frage nach Inburgering und Integration nicht vor. Er erzählte an einem anderen Punkt des Interviews über die Mehrsprachigkeit in Brüssel und dass er herausfand, dass Niederländisch und Französisch beherrscht werden müssen, »um hier zu leben«⁷¹ und es drei offizielle Sprachen in Belgien gibt. Der Entschluss zum Erlernen dieser Sprachen stand aber am Ende eines selbstgesteuerten

67 Interview mit Florean, S. 2, Z. 54.

68 Interview mit Florean, S. 2, Z. 76-77.

69 Interview mit Florean, S. 8, Z. 279.

70 Interview mit Aristide, S. 2, Z. 68-69.

71 Interview mit Aristide, S. 3, Z. 100.

Erkenntnisprozesses, in dem Erfahrungen gemacht wurden, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Der urbane Alltag bietet Lernanlässe und ist Lernort nicht erst dann, wenn es um die Anwendung von neu erworbenen rezeptiven und produktiven Sprachfertigkeiten geht. Der urbane Alltag selbst zeigte Aristide auf, welche Fertigkeiten er benötigt, um erfolgreich und gleichberechtigt zu partizipieren. Er ging von einem Sein aus, nicht von einem Sollen.

Die Frage *was brauche ich hier?* ist alltags- und lebensweltorientiert, während die Frage *was soll ich hier?* auf eine normative Antwort abzielt. Eine solche kann aber nicht beantworten, ob dieses Sollen auch nützlich ist.

Anders als bei den verpflichteten Teilnehmer_innen im Ruhrgebiet, die mit dem, was sie sollten, durch die Direktiven der Behörden konfrontiert wurden und den individuellen Nutzen, der über die Vermeidung negativer Sanktionen hinausgeht, dann selbst finden mussten, stand bei Aristide die Nützlichkeitsüberlegung ganz am Anfang.

Der urbane Alltag in Brüssel ist nicht so stark von einer hegemonialen Normativität durchdrungen wie der im Ruhrgebiet. Die Mehrsprachigkeit Brüssels und die Diversifizierung der Diversität führt zu einem mehrdeutigen, ambivalenten Sozialraum, der selbst entdeckt werden will. Welche Sprache in welchen sozialen Kontexten gesprochen wird und angemessen und nützlich ist, kann nicht pauschal oder gar normativ beantwortet werden. Das mag der Grund sein, warum Aristide auch die Frage nach Inburgering und Integration nicht normativ beantwortete, sondern von seinem Alltag ausging und aus ihm ableitete, was er unter diesen Themen verstand. Interessanterweise fand sich kein Verweis auf eine nationale Debatte oder einen gesellschaftlichen Diskurs. Es spielte sicher eine Rolle, dass die Teilnehmer_innen des Inburgeringstrajekts in Brüssel nicht als *Migrant_innen* adressiert werden. Es bleibt bei dem Begriff der *Neuankömmlinge* und es spielt keine Rolle, ob jemand aus Ruanda, aus Spanien oder aber aus Dinant oder Antwerpen zuzieht. Alle sind an diesem Ort neu und das ist die gemeinsame Klammer. Vielfalt und Diversität kennzeichnen den Sozialraum, bieten Lernanlässe und Orientierung.

Aristide betonte viermal, dass er die alltägliche Interaktion, das zufällige Treffen von jede_m von woanders, wie er sagte, positiv bewertet, dass es ihm sehr gefällt und Brüssel kennzeichne. Diese Antworten auf die Frage nach seinem Verständnis von Inburgering und Integration zeigten, dass Aristide diese beiden Begriffe mit Bezug zum urbanen Alltag interpretierte. Nicht in ein *Sollen*, in eine nationale oder städtische Norm, sondern in das *Sein* integriert man sich, erwirbt die Fertigkeiten, die zur Teilhabe notwendig sind und muss sich selbst zur Diversität in Relation setzen. Wenn man diese Antwort umkehrt, ist derjenige nicht integriert, der seinen Platz in der urbanen Diversität nicht findet.

Wer von einer Norm aus argumentiert, sagt etwas darüber, wie der Alltag aussehen soll, und gerät leicht in Widerspruch zu dem Sozialraum, in dem er_sie tat-

sächlich lebt. Der urbane Alltag bietet zahlreiche Integrationsmöglichkeiten – aber nicht auf einer normativen Ebene. Der postmigrantische Alltag benötigt einen eigenen Stellenwert, in dem seine Handlungspraxen zur kritischen Reflexion von Normen dienen können.

»Je mehr du diese Stadt entdeckst, desto mehr gehört sie zu dir. Und du zu ihr«⁷², konstatierte Dilara. Inwieweit eine Person Teil der Stadt und des urbanen Alltags wird, hängt von ihren eigenen Handlungspraxen ab.

Die Stadt zu entdecken und sie dabei mehr und mehr zu verinnerlichen und ein Teil von ihr zu werden, ist eine transtopische Beschreibung einer Beheimatung, die mit traditionellen Bildern von Verwurzelung und Heimat nicht übereinstimmt. Nicht Immobilität und daraus folgende privilegierte Statisierung sind maßgeblich für diese Beheimatung, sondern das aktive Entdecken der Stadt und die zunehmende Zugehörigkeit durch eigene Erfahrungen.

Der Prozess der Verbindung mit der Stadt ist nicht einseitig. So wie die Stadt immer mehr zum Neuankömmling gehört, der_sie sie entdeckt, wird er_sie immer mehr zum Teil der Stadt. Mit der individuellen Aneignung durch Erfahrungen verändert sich auch die Stadt. Es ist kein einseitiges Bemühen um Zugehörigkeit oder gar eine Assimilationsleistung, sondern ein Prozess des Zusammenwachsens. Durch Erfahrungen entstehen Handlungswissen, Alltagskompetenzen und eine persönliche Geschichte in und mit der Stadt. Die Stadt ist gleichzeitig Alltags- und Erfahrungswelt und Idee eines dynamischen, veränderbaren Raums, der Neuankömmlingen ein Interaktionsangebot macht und sich durch sie wiederum selbst transformiert.

Dilara beschrieb, dass ein geringes Sprachbeherrschungsniveau im Sprachkurs eine Interaktionsbarriere sei, nicht jedoch im urbanen Alltag. »Da hörst du viele Sprachen«⁷³, »dort findest du Wege«⁷⁴, »da ist es viel einfacher«⁷⁵, schilderte sie ihre Erfahrungen. »Und du kannst dich dort schneller verständigen als im Kurs«⁷⁶, war ihr Fazit. Die Mehrsprachigkeit in Brüssels Alltagsnormalität sorgte für eine Barrierefreiheit der Inklusion in die Kommunikation. Sie betonte auch die Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit der Menschen. Letztlich steht hinter der Alltagsnormalität der urbanen Mehrsprachigkeit die Migration als akzeptierte Normalitätsvorstellung:

»Du bist jetzt auch da und das ist für die Menschen normal. Das ist Integration. Dann fühlst du dich zuhause, weil dich die Leute verstehen.«⁷⁷

72 Interview mit Dilara, S. 4, Z. 127-128.

73 Interview mit Dilara, S. 3, Z. 113-114.

74 Interview mit Dilara, S. 3, Z. 114-115.

75 Interview mit Dilara, S. 3, Z. 115.

76 Interview mit Dilara, S. 3, Z. 114.

77 Interview mit Dilara, S. 3, Z. 117-118.

Dilara wurde nicht als Ausländerin oder Migrantin adressiert. Beides würde eine Delokalisierung auf ein Anderswo enthalten und auch einen Prozess der Migrantisierung. Dilara wurde über das Hier und Jetzt adressiert, sie ist »jetzt auch da«. Es spielte keine Rolle, ob sie dazu nationale Grenzen überschritten und wo sie sich vorher aufgehalten hat. Nicht ein Herkunftsdialog, der ermitteln soll, wo die Person herkommt und folglich noch immer hingehört, sondern die Tatsache der gemeinsamen Anwesenheit, des jetzt-auch-da-Seins, war entscheidend. »Und das ist für die Menschen normal«, fügte Dilara hinzu, »das ist Integration«. Dahinter stand also eine von (auch transnationaler) Mobilität gekennzeichnete Gesellschaft, die sich über das gemeinsame Leben im Sozialraum definierte und nicht durch Gemeinschaft im Sinne einer kulturellen, religiösen oder sprachlichen Homogenität. Integration verstand Dilara nicht als eine von ihr oder anderen Neuankömmlingen zu erbringende Leistung, sondern als Haltung der Menschen, die mit ihr im gleichen Sozialraum leben, ihre Anwesenheit zu akzeptieren und nicht infrage zu stellen. Wenn diese Akzeptanz gegeben ist und die Interaktionsmöglichkeiten im mehrsprachigen urbanen Alltag genutzt werden können, »dann fühlst du dich zuhause, weil dich die Leute verstehen«, sagte Dilara.

Der Bezugspunkt für Integration war der urbane Alltag mit seiner Diversität. »Ich verstehe und der andere versteht, das heißt ich kann viele Sprachen und die Leute sind alle unterschiedlich«⁷⁸, konkretisierte sie ihre Auffassung von Inburgering. Zwischen den Auffassungen, denen sie in Brüssel zu ihrer eigenen Anwesenheit begegnete, dass es »für die Menschen normal« ist und ihrer eigenen Auffassung von Inburgering gab es keine Differenz. Dilara antizipierte also auch selbst die Vielfalt und Diversität im Brüsseler Sozialraum als Normalität, zu der sie auch gehört, und argumentierte von diesem Standpunkt aus.

Mediale Deutungsmuster, die defizitorientiert argumentieren, waren ihr bekannt. Die Stigmatisierung von Marokkaner_innen, die arbeitslos und nicht fleißig seien, sah sie nicht als Folge, sondern entlarvte sie als Ursache für fehlende Chancen. Wer stigmatisiert wird, findet keine Arbeit, ist ihr Fazit. »Und meine Arbeit, meinen Beruf ausüben. Das ist für mich Integration«⁷⁹, sagte sie. Wenn es also Teil der Integration ist, dass man auch seinen Beruf ausüben kann, dann wird Personen, die aufgrund einer Stigmatisierung keine Arbeit finden, eine Integrationsmöglichkeit vorenthalten. Die Gesellschaft behindert also die Integration, wenn sie durch Stigmatisierung Einfluss nimmt und dadurch Chancen mindert.

Pierre berichtete, dass im Inburgeringstraject Menschen verschiedener Nationalität teilnahmen und nannte auch Belgien als eines der Herkunftsländer von Teilnehmer_innen. Integration ist so verstanden kein Thema, das sich zur Migrantisierung eignet. Pierre antizipierte Mehrsprachigkeit nicht nur als nützliche Interak-

78 Interview mit Dilara, S. 4, Z. 139-140.

79 Interview mit Dilara, S. 4, Z. 142.

tionskompetenz und Fertigkeit, die im urbanen Alltag ihren Platz findet, sondern auch als nationale Norm und Kennzeichen von Belgien. Zur Aufrechterhaltung dieser nationalen Norm ist es erforderlich, dass die offiziellen belgischen Sprachen auch im Alltag ihren Platz finden. »Es ist wichtig, für das eigene Leben, aber auch für Belgien, dass Niederländisch gesprochen wird und alle es verstehen«⁸⁰, sagte er. Nicht allein die Neuankömmlinge sind in der Pflicht, sondern alle waren für Pierre gefragt. Er als Erstsprecher der französischen Sprache ist in derselben sprachlichen Situation in Bezug auf Niederländisch wie viele belgische Staatsbürger_innen, die Niederländisch als Zweitsprache erlernen. Pierre ging es um die Gleichstellung der offiziellen Sprachen und die Aufrechterhaltung dieser nationalen Norm, für die alle in der Bevölkerung Verantwortung tragen. Es ist kein migrantisches oder migrantisiertes Thema und definiert keine Sonderrolle für Neuankömmlinge. Hintergrund von Pierres Aussagen ist eine zunehmende Diversifizierung und Mehrdeutigkeit der Sprach- und Sprecher_innengemeinschaften.

Die Sprecher_innen des Französischen und Niederländischen in Brüssel lassen sich immer weniger einer Sprachgemeinschaft zuordnen. Janssens beschreibt die Situation folgendermaßen: Die Mehrsprachigkeit der Bevölkerung, aber auch der Familien nimmt zu und die Dienstleistungen, die den beiden großen Sprachgemeinschaften zur Verfügung gestellt werden, werden gleichermaßen in Anspruch genommen (JANSSENS 2008: 3)⁸¹. Kinder, deren Erstsprache Französisch ist, gingen beispielsweise nicht selten in einer niederländischsprachigen Schule und gehörten so zwar nicht zur traditionellen Flämischen Gemeinschaft, aber durchaus zur Zielgruppe ihrer Politik (ebd.). Es gebe insofern viele Verbindungen und Überschneidungen und im Prinzip habe jede_r Brüsseler_in mit beiden Sprachgemeinschaften, ihrer Infrastruktur und Kultur gleichermaßen zu tun. Die Zweisprachigkeit Brüssels bestünde zwar auf dem Papier, aber sprachsoziologisch sei Brüssel eine vielsprachige Stadt und die Brüsseler_innen interpretierten das als »Trumpf«, also als große Ressource der Stadt (ebd.). Janssens kritisiert, die Bevölkerung von Brüssel nach der von ihr verwendeten Alltagssprache Sprachgemeinschaften zuzuordnen oder ihnen eine Sprachidentität zu unterstellen (vgl. ebd.). Stattdessen sei die Sprache nur ein Aspekt der Identität und auch Bilingualität oder Mehrsprachigkeit könne die Identität prägen (ebd.).

Pierre argumentierte entlang der Norm der Zweisprachigkeit, als er feststellte, es sei für Belgien wichtig, dass beide offizielle Sprachen gesprochen und verstanden würden. Es existierte jedoch ein Alltagsleben, an dem Pierre selbst Anteil hatte, in dem diese Zweisprachigkeit nicht als normative Forderung Neuankömmlingen

80 Interview mit Pierre, S. 1, Z. 14-15.

81 JANSSENS, RUDI (2008): »Taalgebruik in Brussel en de plaats van het Nederlands«, Brussels Studies [En ligne], Collection générale, n° 13, mis en ligne le 07 janvier 2008, consulté le 14 avril 2020. <http://journals.openedition.org/brussels/515>; DOI: <https://doi.org/10.4000/brussels.515>

gegenüber formuliert wurde. Lediglich in Flandern war das der Fall, wobei es sich auch hier nicht um ein migrantisches Thema handelte. Die Forderung, in Flandern sei Niederländisch zu sprechen, gilt grundsätzlich für alle, die dort leben und arbeiten wollen. So formulierte Pierre die Gültigkeit dieser Norm für die gesamte Bevölkerung, also auch für belgische Staatsbürger_innen.

5.7 Kritische Anmerkungen zur empirischen Untersuchung

Eine erste Anmerkung betrifft die Kontaktphase zu den Interviewten im Vorfeld der Interviews: Im Ruhrgebiet wurden nicht vier, sondern fünf Interviews geführt. Zu Beginn des fünften Interviews wurde deutlich, dass die Interviewte mit den Fragen sprachlich überfordert war. Das Gespräch wurde geführt, jedoch der Interviewleitfaden nicht mehr angewandt. Es wurde wortwörtlich transkribiert. Im Rahmen dieser Studie wurde es nicht ausgewertet, da es sich nicht ausreichend auf die Forschungsfragen bezieht. Eventuell ergibt sich ein anderer Rahmen, in dem das Interview noch zur Geltung kommen kann.

Methodenkritisch ist anzumerken, dass eine längere Kontaktphase im Vorfeld der Interviews sinnvoll gewesen wäre, um die Frage der Interviewsprache stellen und gegebenenfalls Dolmetscher_innen organisieren zu können. In dieser Studie war das nicht möglich, weil sich die Interviewten spontan zur Teilnahme meldeten. Deshalb war im Vorfeld nicht bekannt, welches Sprachbeherrschungsniveau in Deutsch vorlag oder welche anderen Kontaktsprachen gesprochen werden könnten.

In einer zweiten Anmerkung soll das Verhältnis von Interviewer und Interviewten und der Einfluss sprachlicher Normen kritisch reflektiert werden:

Im Kapitel 3.1 wurde auf die Gefahr hingewiesen, dass im Rahmen eines Interviews ein Machtgefälle entstehen kann, das zu Verzerrungseffekten führt.

Eine Interviewsituation beruht auf einem asymmetrischen Verhältnis und »symbolische Gewalt« kann das Gespräch mitprägen (BOURDIEU 2010: 395). Notwendig sei eine »*Beziehung des aktiven und methodischen Zuhörens*«, die mit einer weitgehenden Anpassung an die Kommunikation des Interviewten und mit einer gewaltfreien Kommunikation gelingen könne (ebd.).

Wie sind die Interviewsituationen in dieser Studie zu charakterisieren?

Da in der bilingualen Stadt Brüssel neben dem Niederländischen, das ja im Inburgeringstraject gerade erlernt wird, im Alltag überwiegend Französisch gesprochen wird, wurde während der Interviews, die in Niederländisch begonnen wurden, häufig ins Französische gewechselt. Das erfolgte mit einzelnen Wörtern, Sätzen oder Halbsätzen bis zu ganzen Erzählpassagen. Dann wurde auch wieder in das Niederländische gewechselt. Teilweise wurde zusätzlich auch noch Englisch verwendet. Ein Interview mit einem Erstsprecher in Französisch fand dann nach